



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Delegiertenversammlung des Sektors Industrie vom 13. November 2015

Resolution: Die Franken-Krise ist hausgemacht – erzwingen wir gemeinsam eine Kehrtwende

Wir sind die Industrie. Wir müssen die Nationalbank zwingen, ihre Politik zu ändern: Sie zerstört Arbeitsplätze und die industrielle Zukunft der Schweiz. Wir fordern die Arbeitgeber auf, heute mit uns eine Front gegen die SNB-Politik zu bilden.

Die Nationalbank SNB schadet der Schweiz. Eigentlich müsste sie im «Gesamtinteresse» des Landes handeln. So verlangt es die Bundesverfassung (Art. 99). Heute handelt die SNB nur im Interesse des Bankenplatzes und der Spekulation. Damit setzt sie den Abrissbagger an den wirtschaftlich sehr viel wichtigeren Werk- und Denkplatz Schweiz.

Der Beschluss des SNB-Direktoriums vom 15. Januar 2015, den Franken stark aufzuwerten, ist ein Angriff auf unsere Arbeitsplätze und auf den sozialen Frieden in der Schweiz. Die Gründe, welche die SNB für die Aufwertung angab, waren nur vorgeschoben. Es gab keinen «Sachzwang». Darüber sind sich Ökonomen und sogar ehemalige SNB-Kader weitgehend einig. Die drei SNB-Direktoren handelten aus ideologischen Gründen.

Zehn Monate später beginnt dieser Angriff seine ganze zerstörerische Wucht zu entfalten. Er hat schon Tausende von Arbeitsplätzen und Existenzen vernichtet. In den nächsten Monaten wird der spekulativ überbewertete Franken seine Zerstörungen in der Industrie, im Tourismus und in anderen Branchen beschleunigen. Heute jagen sich die Meldungen von Massenentlassungen.

- Die Exporte sind auf breiter Front eingebrochen. Allein im dritten Quartal 2015 schwanden die Exporte der MEM-Industrie um 9,1 Prozent, der Uhrenindustrie um 8,6 Prozent (in Werten). Das ist der schärfste Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise von 2009.
- Im Oktober 2015 nahm die Zahl der Arbeitslosen in der Industrie im Vergleich zum Oktober 2014 um 15 Prozent zu, in der Metallindustrie um 22,6 Prozent, im Maschinenbau um 29,9 Prozent, in der Uhrenindustrie um 33,4 Prozent.
- Der Beschäftigungsindikator der KOF für das vierte Quartal ist mit minus 6,4 alarmierend negativ. Er bildet die Erwartungen der Unternehmen ab. Das kündigt Entlassungswellen an.
- Eine neue Auslagerungswelle läuft an. Grosse Industrieunternehmen wechseln zu ausländischen Zulieferern. Das zerstört die KMU-Struktur. Und immer mehr Firmen verlegen Arbeitsplätze direkt ins Ausland.

Diese Krise ist hausgemacht. Dennoch weigern sich das von SVP und FDP dominierte Parlament und der Bundesrat, ihre Pflicht wahrzunehmen und bei der Nationalbank das Gesamtinteresse des Landes durchzusetzen.

Darum kann nur eine gemeinsame starke Haltung von Gewerkschaft und Arbeitgebern die SNB zwingen, ihre Politik zu ändern.

Doch die Arbeitgeberverbände verweigern bisher diese gemeinsame Front für den Werkplatz. Damit machen sie sich schuldig. Sie setzen lieber auf den Abbau sozialer Errungenschaften, auf Lohnsenkungen und Entlassungen. Mit dieser Haltung kündigen sie die Sozialpartnerschaft und den sozialen Frieden.

Die Nationalbank hat ihre Macht weit über ihre Befugnisse ausgedehnt. Sie ist auch eine der grössten Spekulantinnen am Finanzmarkt geworden. Ihre Aufwertung des Frankens ist Teil der neoliberalen Offensive gegen die Arbeitenden.

Wir fordern die Arbeitgeber heute auf, sofort gemeinsam mit den Gewerkschaften die rasche Abwertung des mörderisch aufgeblähten Frankens durch die SNB zu erzwingen. Das SNB-Direktorium muss abgelöst, ein akzeptabler Frankenkurs durchgesetzt werden.

Die Gewerkschaft Unia bietet Hand für Lösungen in den Betrieben, wie etwa das Beispiel Stadler Rail zeigt. Die Voraussetzungen aber sind die Transparenz der Zahlen und die Garantie der Arbeitsplätze. Doch für die Frankenkrise gibt es keine betrieblichen, sondern nur politische Lösungen. Wir werden nicht in die Falle tappen, Betrieb um Betrieb die Demontage unserer Errungenschaften hinzunehmen.

Im Gegenteil: Wir werden uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Massenentlassungen, Lohnsenkungen und andere einseitige Massnahmen der Arbeitgeber zur Wehr setzen.

Die Zerstörung der Industrie in der Schweiz ist keine Zwangsläufigkeit, sondern ein politischer Beschluss. Industrie ist die Grundlage jeder wirtschaftlichen Wertschöpfung. Wir sind die Industrie.